Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat eine Denkschrift veröffentlicht: „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen“. Viele Aussagen darin passen auffallend gut zum Aufrüstungs- und Militarisierungskurs der Bundesregierung. Doch es regt sich Widerstand. Von **Volker Rekittke**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/251113-Abschied-vom-christlichen-Pazifismus-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Stell dir vor, es ist Krieg – und die Spitze der Evangelischen Kirche hat gar nicht erst nach Wegen gesucht, ihn zu verhindern. Das wäre eine Zäsur. Denn vor 2000 Jahren soll der Gründer der christlichen Weltreligion in seiner wohl wichtigsten Rede, der Bergpredigt, laut dem Matthäus-Evangelium verkündet haben: „Ihr habt gehört, dass gesagt ist: Du sollst deinen Nächsten lieben und deinen Feind hassen. Ich aber sage euch: Liebt eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen. Denn er lässt seine Sonne aufgehen über Böse und Gute und lässt regnen über Gerechte und Ungerechte.“[1] Jesus Christus forderte nicht weniger als Feindesliebe – übersetzt auf heutige Verhältnisse könnte darunter der Appell verstanden werden, das Schmäh-Wort vom „Putin-Versteher“ endlich in diesem Sinne zu begreifen: Jeder Friedensschluss fängt mit Zuhören an, mit dem Versuch, die Positionen des Gegners zu verstehen. Ohne diesen Versuch wird der Krieg in der Ukraine nie enden, oder er endet, im Atomzeitalter, dann doch irgendwann – in einer radioaktiv verseuchten Wüste.

In der jüngst veröffentlichten Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen“[2] geht es, so die Autoren, „um friedensethische Güterabwägungen in Bezug auf konventionelle und nukleare Abschreckung, um Waffenlieferungen, um Wehr- und Dienstpflicht, um die Herausforderungen hybrider Kriegsführung und Terrorismus“. Von einer „Neupositionierung“ berichtet die „Tagesschau“: Um Frieden zu sichern, müsse unter Umständen auch Gewalt als letztes Mittel angewendet werden[3]. Und der *Spiegel* titelt „Friedensdenkschrift 2025: Evangelische Kirche spricht sich für Möglichkeit der atomaren Abschreckung aus“. Sogar der christliche Pazifismus werde infrage gestellt.[4]

Tatsächlich hat sich die EKD auf ihrer Synode in Dresden vom christlichen Pazifismus

verabschiedet – jedenfalls als kollektivem ethischen Leitmotiv, das sich aus der Bergpredigt im Neuen Testament herleitet. So heißt es in der Denkschrift: „Christlicher Pazifismus ist als allgemeine politische Theorie ethisch nicht zu begründen. Er ist aber als Ausdruck individueller Gewissensentscheidung zu würdigen." (S. 20)

War also der Pazifismus eines Martin Luther King – oder, im interreligiösen Kontext: eines Mahatma Gandhi – lediglich „Ausdruck individueller Gewissensentscheidung", und nicht zugleich auch politische Theorie und Praxis etwa gegen die Rassentrennung in den Vereinigten Staaten und den US-Krieg in Vietnam mit bis zu vier Millionen getöteter vietnamesischer Zivilisten[5], oder für ein Ende der Jahrhunderte währenden Herrschaft des britischen Empire in Indien? War Gandhi nur ein etwas verschrobener Individual-Pazifist, als er sich – übrigens sehr erfolgreich – mit einer explizit gewaltfreien Strategie mit dem damals mächtigsten aller Kolonialregime anlegte? Eine Kolonialmacht, die noch 1943/44 in Indisch-Bengalen den Tod von über drei Millionen Menschen[6] in Kauf nahm, als London für die Truppen des Empire Reis aus Indien verschiffen ließ, während in den Straßen von Kalkutta und Dhaka die Menschen massenhaft verhungerten. Von Premier Winston Churchill, dies nur am Rande, ist dazu die Bemerkung übermittelt, die Inder seien doch selbst schuld, wenn sie sich wie Kaninchen vermehrten („breeding like rabbits").[7]

Weiter heißt es im EKD-Papier: „Die Friedenslogik [kann] nur dort Raum gewinnen, wo die Sicherheitslogik Bedingungen dafür schafft. In Verteidigung muss investiert werden, denn sie dient dem Schutz von Menschen, Rechten und öffentlicher Ordnung." (S. 13) Damit ist die Marschrichtung klar: Parallel zur beispiellosen, vom Bundestag abgesegneten Rüstungsorgie, postulieren die Kirchenoberen eine „Sicherheitslogik" samt Abschreckung und Aufrüstung, dienten diese doch „dem Schutz von Menschen, Rechten und öffentlicher Ordnung". Kritiker der ziemlich eurozentristischen Denkschrift könnten nun fragen, ob dieser Schutz von Menschen und Rechten (= Menschenrechten?) auch weltweit gilt, in Israel genauso wie in Palästina oder dem Libanon, in der Türkei wie in Kurdistan oder Syrien, in den USA ebenso wie im Irak, in Afghanistan oder im lateinamerikanischen ‚Hinterhof' des westlichen Hegemons.

Und es kommt noch schlimmer: „Ethisch ist die Ächtung von Atomwaffen aufgrund ihres verheerenden Potenzials geboten. Der Besitz von Nuklearwaffen kann aber angesichts der weltpolitischen Verteilung dieser Waffen trotzdem politisch notwendig sein, weil der Verzicht eine schwerwiegende Bedrohungslage für einzelne Staaten bedeuten könnte." (S. 15) Dazu sei eine unschuldige Nachfrage erlaubt: Rechtfertigt die EKD hier etwa das nordkoreanische Nuklearwaffenarsenal als Garant gegen Angriffe der USA?

Oder zu Rüstungsexporten: „Sollten Waffenlieferungen erfolgen, sind die Kriterien

rechtserhaltender Gewalt analog anzuwenden. Die Entscheidung für Waffenlieferungen und Rüstungsexporten wird sich daran messen lassen müssen, dass eine Eskalation der Gewalt vermieden wird.“ (S. 16) In der Tat keine einfache Abwägung, mögen nun Zyniker einwenden, ob die Bundesregierung dem souveränen Staat Venezuela im Fall einer US-Intervention mit Waffenlieferungen zur Seite stehen sollte (vielleicht ja sogar mit Taurus-Marschflugkörpern?), um das laut UN-Charta nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Südamerika geltende Völkerrecht zu verteidigen. Davon mal abgesehen: Haben westliche Waffen in der Ukraine bislang dabei geholfen, „eine Eskalation der Gewalt“ zu vermeiden? Oder das massenhafte Sterben von Palästinensern in Gaza zu beenden?

Viele Seiten widmet die EKD schließlich erneuten Kriegs- und anderen Zwangsdiensten. „In der Frage einer allgemeinen Dienstpflicht – etwa in Form eines sozialen, zivilen Friedensdienstes oder eines alternativen Militärdiensts – regt die Denkschrift eine gesellschaftliche Debatte an. In einer zunehmend individualisierten Gesellschaft wird neu zu bedenken sein, wie gemeinschaftliche Verantwortung für Schutz, Versorgung und soziale Kohäsion organisiert werden können. Die evangelische Friedensethik sieht hier eine Chance, ein neues Bewusstsein für den Zusammenhang von Freiheit und Gemeinsinn zu stärken.“ (S. 16)

Eine „allgemeine Dienstpflicht“ zur Stärkung von „Freiheit und Gemeinsinn“? 1980er, ick hör dir trapsen (samt 20 Monate Zivildienst seinerzeit). Doch wofür steht eigentlich das Wörtchen „allgemeine“? Genau: Prinzipiell zumindest befürwortet die Spitze der Evangelischen Kirche in Deutschland einen Kriegs- bzw. Zivildienst auch für Frauen: „Angesichts der grundgesetzlich verankerten Gleichberechtigung der Geschlechter ist die Allgemeinheit einer solchen Dienst- oder Wehrpflicht grundsätzlich wünschenswert.“ Nachgeschoben wird dann noch, man müsse „zunächst die Bedingungen für eine gerechte Aufteilung der Care-Arbeit schaffen, ehe eine gleiche Dienst- oder Wehrpflicht für alle Geschlechter ethisch begründet und politisch gefordert werden kann“. (S. 133/134) Auf geht‘s, Männers: Nehmt endlich eine patriotische Eltern- oder Pflegezeit, damit die jungen Frauen das Land mit der Waffe in der Hand – oder mit der Hand am Drohnen-Joystick – verteidigen können. Gerne auch am Hindukusch oder am Dnjepr.

Doch es gibt noch Hoffnung. Schon bei der Präsentation der neuen „Friedensdenkschrift“ protestierte eine Gruppe von Friedensaktivisten in Dresden. Dass die EKD-Positionen nicht für die gesamte evangelische Kirche stehen, zeigt auch die prompte Erwiderung „Gerät der Friede aus dem Blick?“[8] der „Initiative Christlicher Friedensruf“, die das Ökumenische Friedenszentrum im Mai 2025 gemeinsam mit 25 Friedensorganisationen gegründet hat: „Die Gefahr eines dritten Weltkrieges ist so groß wie nie zuvor. In dieser Situation stärkt die Denkschrift mit ihrer theologischen Rechtfertigung kriegerischer Gewalt als *ultima ratio*

militärische Optionen. Sie suggeriert, Frieden könne durch Krieg statt durch Diplomatie und Verhandlungen erreicht werden. Die Forderung nach einem Friedensplan für die Ukraine und für Israel/Palästina fehlt ebenso wie die nach Stärkung von Strukturen der OSZE.“[9]

Apropos Israel/Palästina: Zu einem der mörderischsten Kriege der jüngsten Zeit, dem in Gaza, verliert die Denkschrift auffällig wenige Worte, mit einem Fehlen an Empathie für die zehntausenden Toten in Gaza, das einen frösteln lässt: „Seit dem Terrorakt der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 verschärft sich die Situation im Nahen Osten immer weiter – mit grausamen humanitären Folgen.“ Sind mit „grausamen humanitären Folgen“ apartheid-ähnliche Verhältnisse in der Westbank, völkerrechtswidrige Überfälle Israels auf Nachbarländer, das Aushungern von Millionen Zivilisten und andere Kriegsverbrechen, gar der Genozid in Gaza gemeint? Die Initiative Christlicher Friedensruf merkt dazu an: „Die wenigen, sehr vorsichtig formulierten Bemerkungen der Denkschrift zu Israel/Gaza stehen in deutlichem Missverhältnis zur stereotypen Erwähnung der russischen Aggression gegen die Ukraine, die als das Paradigma der neuen Welt-Unordnung erscheint. Dabei sind in Gaza ein Vielfaches mehr an Zivilisten getötet worden als in der Ukraine, darunter mindestens 20.000 Kinder, etwa 1.700 Mitarbeitende im Gesundheitswesen und 250 Journalist:innen. Ein Großteil der Wohngebäude, Krankenhäuser, Schulen und Gotteshäuser wurde zerstört. Gilt der Schutz vor Gewalt nicht auch für Menschen in Palästina? Die Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen des Holocaust darf nicht dazu führen, aktuelle Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit zweierlei Maß zu messen. Auch in Israel und Palästina stirbt mit jedem Menschen ein Ebenbild Gottes.“

Unterzeichnet ist die EKD-Denkschrift zur „Evangelischen Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen“ von Bischöfin Kirsten Fehrs, der Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Fehrs Vorgängerin als EKD-Ratsvorsitzende 2009/2010, Margot Käßmann, fand in ihrem Redebeitrag für die Demonstration „Nie wieder kriegstüchtig!“ in Stuttgart am 3. Oktober 2025[10] deutlich andere Worte: „Der Präsident des Reservistenverbandes rechnete kürzlich für den Fall eines Krieges mit Russland mit täglich 5.000 toten Soldaten auf der eigenen Seite. Das eindeutige Zeichen gegen diesen Wahnsinn ist: Kriegsdienstverweigerung!“

Titelbild: Screenshot EKD

Mehr zum Beitrag

Leserbriefe zu „Abschied vom christlichen Pazifismus“

[«1] die-bibel.de/bibel/LU17/MAT.5

[«2] ekd.de/ekd_de/ds_doc/denkschrift-welt-in-unordnung-EVA-2025.pdf

[«3] tagesschau.de/inland/gesellschaft/evangelische-kirche-friedensdenkschrift-100.html

[«4] spiegel.de/panorama/gesellschaft/friedensdenkschrift-2025-evangelische-kirche-aendert-positionen-zu-krieg-und-frieden-a-60647a54-5e04-43b3-9826-14ac77f3c054

[«5] sr-mediathek.de/index.php?seite=7&id=28974&pnr=&tbl=pf

[«6] publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/…

[«7] theguardian.com/world/2019/mar/29/winston-churchill-policies-contributed-to-1943-bengal-famine-study

[«8] friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-an-ekd-denkschrift/

[«9] evangelische-zeitung.de/scharfe-kritik-aus-wuerttemberg-an-ekd-friedensdenkschrift

[«10] nie-wieder-krieg.org/berichte-stuttgart-031025/